

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.  
Heimer, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Obligatorische Nachweisungen.

Nach den Grundgesetzen der deutschen Maß- und Gewichtordnung liegt die Nachweisung der — einmal gezeigten — Maße, Gewichte und Waagen den Beteiligten ob, deren Erweisen es überlassen ist, ob und wie oft sie eine Nachweisung der von ihnen benutzten Maß- und Gewichtsmittel durch die Nachweisung ausführen lassen. Eine behördliche Kontrolle wird — neben polizeilichen, auf eine äußere Prüfung der Maße u. s. sich beschränken Revisionen — durch sogenannte technische Revisionen geleitet, die in regelmäßigen Fristen unter Mitwirkung von Sachverständigen vorgenommen werden. Verträge gegen die einschlägigen Vorschriften, insbesondere die Ueberschreitung der zugelassenen Fehlergrenzen werden an den Gewerbetreibenden strafrechtlich und durch Einziehung der unvorschriftsmäßig befundenen Maß- und Gewichtsmittel geahndet, auch dann, wenn eine vorläufige Zurückbehaltung nicht dargeboten ist.

Das Ergebnis der technischen Revisionen ist namentlich hinsichtlich der Gewichte fortwährend sehr ungenügend. Durchschnittlich muß gegen den vierten, nicht selten gegen den dritten Theil der Gewerbetreibenden, bei denen revidiert wird, eingeschritten werden. Da zudem die Revisionen an den Kaufstellen vorzunehmen sind und die Feststellung von Unrichtigkeiten oft in Gegenwart der Kundschaft erfolgt, so ist es erklärlich, daß die technischen Maß- und Gewichtskontrollen von den Gewerbetreibenden als lästig empfunden werden.

Der von verschiedenen Seiten gemachte Vorschlag, durch eine Erweiterung der Verlehrsfehlergrenzen Abhilfe zu schaffen, ist von der höchsten technischen Instanz in Maß- und Gewichtssachen, der kaiserlichen Normal-Maßungs-Kommission ausführlich erörtert, aber aus überzeugenden Gründen verworfen worden.

Diese Behörde glaubt eine Befreiung der mit den technischen Revisionen verbundenen Belastungen und zugleich eine Besserung des Maß- und Gewichtswesens nur von der Einführung der obligatorischen Nachweisung erwarten zu können, die in den übrigen europäischen Staaten die Regel bildet, — sie ist beispielsweise in Oesterreich, Frankreich, Italien und Belgien eingeführt — und auch innerhalb des Reichsgebiets in Bayern und Elsaß-Lothringen und neuerdings auch im Königreiche Sachsen besteht. Die periodische Nachweisung besteht darin, daß die Maß- und Gewichtsmittel in bestimmten Fristen bei den Maßungsstellen zur Prüfung vorzulegen sind und auf Grund der Prüfung eine deren Zeitpunkt kennzeichnende Stempelung erhalten. Bei solcher Revision könnten die regelmäßigen technischen Revisionen weggelassen, es genüge eine gelegentliche polizeiliche Feststellung, ob die Nachweisung rechtzeitig stattgefunden hat.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat über die Zweckmäßigkeit der periodischen Nachweisung am 28. Januar d. J. eine Umfrage an die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen gerichtet, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Darnach findet das System der Nachweisung bei der großen Mehrheit der Vertretungen Beifall. Von 46 Handelskammern und 8 kaufmännischen Korporationen, die sich zur Sache geäußert haben, empfehlen 42 der ersten und 6 der letzteren die angeregte Maßregel. Von den 6 Vertretungen, welche nicht einverstanden sind, nehmen überdies drei nur dagegen Stellung, daß die auf den Vagen von Fabrikanten und Händlern befürchteten Maße und Gewichte der Nachweisungsstelle unterworfen werden, während sie gegen die Nachweisungsstelle der im Gebrauch befindlichen Maß- und Gewichtsmittel keinen Einspruch erheben.

Dieses Ergebnis der Umfrage hat den Handelsminister bestimmt, die Verhandlungen, von denen die Einführung der obligatorischen Nachweisung noch abhängig ist, einzuleiten.

Zunächst muß eine Entschärfung darüber herbeigeführt werden, ob die Maßregel auf Preußen beschränkt oder für das Reich durchgeführt werden soll. Der letztere Weg würde es voraussichtlich ermöglichen, die auf dem Gebiete des Maß- und Gewichtswesens innerhalb Deutschlands noch bestehenden unübersichtlichen Verschiedenheiten zu beseitigen, da diese hauptsächlich darin begründet sind, daß in Bayern und Elsaß-Lothringen das System der Nachweisung von Alters her besteht. Ferner muß die Entscheidung darüber vorbereitet werden, wie die Fristen, in denen die Nach-

weisung der verschiedenen Maß- und Gewichtsmittel vorzunehmen sein wird, bemessen werden sollen, in welcher Weise die Nachweisung beurkundet werden soll, welche Gebühren dafür zu erheben sind und in welcher Weise die Nachweisungsstellen am zweckmäßigsten einzurichten sind, um unnötige Belastigungen des Publikums auszuschließen.

Bei der Prüfung dieser Fragen werden insbesondere auch die Erfahrungen, die andere Staaten mit der periodischen Nachweisung gemacht haben, so viel wie möglich berücksichtigt werden müssen.

### 25. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Am Sonnabend fand in Hamburg die 25. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung statt. Dem Vorsitz führte Abgeordneter Richter. Dem dabei erläuterten Jahresbericht entnehmen wir, daß die Zahl der zugehörigen Vereine von 906 auf 972 stieg, während die Zahl der persönlichen Mitglieder (2659) keine Erhöhung erfuhr. Die an die Gesellschaft gestellten Anforderungen seien ebenso erfreulich gewachsen, wie die Zahl der Zuhörer. Von der Zentralfstelle konnten im letzten Jahre 36 Volksbibliotheken gegründet werden, wozu 2000 Mark baar und 1700 Bände und Hefen geschenkt wurden. Die Bibliotheken, auch die auf dem Lande errichteten, vergrößerten sich durch die Arbeit der lokalen Vereine sehr rasch und werden stark benutzt. Die Gesellschaft konnte aber 45 Gesuche bisher noch nicht berücksichtigen. Die Volksunterhaltungsabende haben an Ausdehnung gewonnen und es strömten überall so viele Teilnehmer zu, daß die größten Säle nicht ausreichten. Die von der Gesellschaft herausgegebene Schrift: „Die Volksunterhaltungsabende nach Bedeutung, Entwicklung und Einrichtung“ mußte in zweiter Auflage erscheinen. Die Vortragstätigkeit der Gesellschaft war eine ungemein lebhaft. Die von der Zentralfstelle ausgehenden Wanderertruppen hielten 134 Vorträge in allen Theilen Deutschlands, die Zahl der in den angeschlossenen Vereinen überhaupt gehaltenen Vorträge kann auf 10 000 geschätzt werden, das Reiner-Ergebnis der Gesellschaft weist 147 Namen auf. Die Generalversammlung der Gesellschaft hat auch im verflossenen Jahre Gelegenheit geboten, brennende Zeitfragen des Volksbildungswesens zu besprechen. In den 11 Verbänden und 13 Zweigvereinen der Gesellschaft herrscht gleichfalls ein frisches Leben.

Hg. von Schenckendorff nimmt das Wort zu seinem Vortrage: „Ausgestaltung der Volksschule nach den Bedürfnissen der Gegenwart.“ Die Gestaltung des Schulwesens ist für die Entwicklung der Völker von einschneidender Bedeutung. In Deutschland hat sich seit Jahren die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die Schule den Forderungen des Lebens nicht mehr entspricht. Dieser Anschauung habe vor allem auch die tiefste Anschauung Ausdruck gegeben. Hier im Kreise der Schulverbände handelte es sich nicht darum, schultechnische Fragen zu erörtern, sondern prinzipielle, aus der Betrachtung des praktischen Lebens genommene Forderungen aufzustellen. Dem Leben zu dienen sei die erste Aufgabe der Schule. Das Leben aber habe sich geändert, neue Aufgaben treten an jeden einzelnen Staatsbürger heran. Die Schule habe diesen Aufgaben zum Theil Rechnung getragen, aber noch bleibe die Aufgabe zu lösen, die Schule auf die volle Höhe des gegenwärtigen Lebens zu heben. Die gegenwärtige Schule müsse den Gesamtorganismus der Menschheit ins Auge fassen und dürfe sich nicht auf eine einseitige rein geistige Kultur beschränken. Daneben habe die Volksschule das Kind für das Leben in der Gemeinschaft vorzubereiten. Daraus ergebe sich eine Reihe von praktischen Forderungen: den jugendlichen Körper voll zu entwickeln und vor Verfallung zu schützen und den frischen frohen Sinn im Volke zu erhalten, seien die Jugend- und Volksschule, sowie der Turnunterricht bestimmt, der in vielen Mädchenschulen noch ganz fehle. Der hauswirtschaftliche Unterricht solle dem Verfall des Familienlebens entgegenwirken. Wenn mehr als 1/2 Million Frauen heute in den Fabriken arbeiten, so genügt nicht einzelne fakultative Haushaltungsschulen, sondern nur

allgemeine, die gesamte weibliche Jugend umfassende Veranstaltungen. Der Handfertigkeitsunterricht soll die körperliche Arbeit vervollkommen, die Arbeitsfreudigkeit erhöhen und den Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeit mildern. Für das Leben in der Gemeinschaft vorzubereiten, seien der hygienische Unterricht, der Unterricht in der Volkswirtschaftslehre und der Staats-, Gemeinde- und Rechtskunde bestimmt. Wie diese Gegenstände in den Lehrplan eingeordnet werden sollen, sei Sache der Pädagogen. Diese Gegenstände der Fortbildungsschule zu überlassen, verbiete die beschränkte Zeit. Die geeignete Grundlage für eine weitere Entwicklung der Volksschule erblickten viele Kreise in dem gemeinsamen Elementarunterricht. Reiner tritt für gemeinsamen Unterricht für die ersten drei Schuljahre ein. Die Oberstufe der Volksschule dagegen sollte in enge Beziehung zum wirtschaftlichen Leben treten und nach den Erwerbsverhältnissen der verschiedenen Gegenstände sich modifizieren. Aber bei aller Reformarbeit müsse die Kontinuität der Entwicklung gewahrt werden. Was hier gefordert sei, könne nicht auf einmal, sondern nur nach und nach erfüllt werden. Aber der Entwicklungsgang müsse angebahnt werden. Es gelte eine große nationale Aufgabe zu lösen. Mögen alle daran mitarbeiten. (Beifall.)

Der Lehrer Dalben-Hamburg ist im wesentlichen mit dem Redner einverstanden, sieht aber in der weitgehenden Umgestaltung der Volksschule große organisatorische und personelle Schwierigkeiten, namentlich beim Betrieb der Jugendspiele, des hauswirtschaftlichen Unterrichts, der Handfertigkeits- und der Staatskunde. Redner fügt hinzu, daß eine weitgehende Ausdehnung der Schulpflicht eintrete. (Beifall.)

Rektor Schmarje-Altona tritt den praktischen Forderungen des Referenten entgegen, soweit sie den Lehrplan der Volksschule betreffen, ist im übrigen aber mit den Vorträgen des Referenten einverstanden, die Volksschule zu ergänzen und zu vertiefen durch Bildungsarbeit nach und neben der Schule.

Lehrer Möller-Hamburg fordert, daß den Eltern allgemeiner Zutritt zu den Schulstunden gestattet werde.

Direktor Ernst-Schneidemühl stimmt dem Referenten in seinen wesentlichen Forderungen zu und begründet besonders den hauswirtschaftlichen Unterricht unter Hinweis auf seine in englischen Schulen gemachten Erfahrungen. Ein Irrthum sei es, daß der hauswirtschaftliche Unterricht die Allgemeinbildung schädige und zu theuer sei.

Redakteur Klein-Danzig spricht sich dahin aus, daß man mit den Referenten darin einverstanden sein müsse, daß die Volksschule in ihrer künftigen Entwicklung mehr Rücksicht auf die Forderungen des öffentlichen und privaten praktischen Lebens nehme.

Lehrer Wolgast-Hamburg betont, daß seitens der Behörden mehr praktische Versuche gemacht werden möchten. Dann würden die Reformen schnell und leicht gelöst werden können. Eine wesentliche Aufgabe der Zukunft sei es auch, die ästhetische Bildung mehr als bisher zu pflegen. Professor Dr. Soldau bringt folgende Resolution ein:

„Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu den von dem Referenten aufgestellten Grundsätzen:

1. Die Volksschule soll durch Unterricht und Unterweisung das Ziel einer harmonischen Ausbildung des ganzen Menschen aufrechten;
2. sie hat die gleichzeitige Aufgabe, das Kind auch für das Leben in der Gemeinschaft vorzubereiten.

Die Versammlung hält es für wünschenswert, daß eine Reform der Volksschule sich auf diesen Grundsätzen aufbaue.“

Bei der Abstimmung ergiebt sich keine sichere Mehrheit für diese Thesen.

Der Vorsitzende schließt die Versammlung um 10 1/2 Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 20. Mai. Die „Freie Bl.“ berichtet: „Die Bürgermeisterversammlung, die nach einer Mitteilung des Oberbürgermeisters Witting in Potsdam am Donnerstag in Berlin stattgefunden hat, beschränkte sich auf diejenigen Bürgermeister, die dem Herrenhause angehören, von denen einige

zwanzig erschienen waren. Es handelte sich darum, die Vertreter der großen Städte in städtischen Angelegenheiten zu einer gemeinsamen Aktion im Herrenhause zu vereinen. Nach einem Antrag des Oberbürgermeisters Bendor aus Breslau sollte ein Ausschuss von drei Mitgliedern damit beauftragt werden, die Bürgermeister gegebenenfalls zusammenzurufen und zu gemeinsamer Vorbereitung und zu gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. Dieser Vorschlag fand jedoch in der Versammlung, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle stattfand, nicht die Mehrheit. Die national-liberalen Bürgermeister waren fast durchweg der Meinung, daß eine solche Organisation das Auseinanderfallen der „neuen Fraktion“ des Herrenhauses bedeute. Die Mehrheit der Versammlung entschied sich für eine Resolution, wonach Oberbürgermeister Bendor aus Köln, der Vizepräsident des Herrenhauses, ersucht wurde, gegebenenfalls die Bürgermeister des Herrenhauses zu gemeinsamer Berathung zu berufen. Wie uns mitgeteilt wird, werden aber die entschiedenen Liberalen (d. h. freisinnigen) Bürgermeister an der ursprünglichen Idee festhalten und sich zu einem gemeinsamen Vorgehen im Herrenhause enger zusammenschließen, als dies zur Zeit der Fall ist.“

Bremen, 18. Mai. „Bösmanns telegraphisches Bureau“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß beim Norddeutschen Lloyd über die an der Berliner Börse verbreitete Nachricht, wonach in New York seitens der dortigen Behörde zwischenbedachtsamste obiger Gesellschaft zurückgewiesen worden seien, absolut nichts bekannt ist.

Mün., 18. Mai. Amtliches Ergebnis der Reichstags-Stichwahl im 14. Wahlkreise (Weilungen-Hedenheim-Ulm): Es wurden insgesamt 17 250 Stimmen abgegeben; davon erhielten: Sachse (Dem.) 9626, Thymann (freik.) 7624 Stimmen. Sachse ist danach gewählt.

Strasburg i. El., 18. Mai. Heute Mittag fand die Eröffnung der Straßburger Industrie- und Gewerbe-Ausstellung für Elsaß-Lothringen, Baden und die Pfalz durch den Protector der Ausstellung, den kaiserlichen Statthalter Fürsten zu Hohenlohe-Kangenburg, statt. Gegen 12 Uhr trafen etwa 1400 Eingeladene, darunter 400 Damen, den Festsaal. Anwesend waren der preussische Minister des Innern von Koller, der badische Minister Eisenlohr, der Regierungs-Präsident der Pfalz v. Auer und der Oberbürgermeister Schnegler aus Karlsruhe, sowie zahlreiche angesehene Personen aus Baden und der Pfalz. Ferner bemerkte man den Staatssekretär v. Buntlamer, die Unterstaatssekretäre v. Schraut und Freiherr von Bülach, viele hohe Beamte, sowie den kommandirenden General, General der Infanterie v. Blume, den Präsidenten des Landes-Ausschusses Dr. Schlumberger, die Generalität und höhere Offiziere, zahlreiche Industrielle und sonstige angesehene Personen aus Stadt und Land. Kurz nach 12 Uhr erschien der Statthalter, begleitet von dem Erbprinzen Ernst zu Hohenlohe-Kangenburg und dem Erbprinzen Philipp zu Hohenlohe-Schillingsfürst, und wurde vom Bürgermeister Bad und dem Ausstellungskomitee empfangen. Die Feier wurde durch Gesang des städtischen Sängerkorps eingeleitet, worauf der Bürgermeister in kurzen Worten die Anwesenden begrüßte. Die eigentliche längere Festrede hielt der zweite Vorsitzende des Ausstellungskomitees, Vizepräsident der Straßburger Handelskammer, Schaller; derselbe gab eine Geschichte der Ausstellung und bat zum Schluß den Statthalter, die Ausstellung zu eröffnen. Der Fürst dankte für den freundlichen Empfang und gedachte in seiner Ansprache seines Vorgängers, des jetzigen Reichszanzlers, und dessen besonderer Verdienste um die Ausstellung. Betreffs der Betheiligung von Baden und der Pfalz sagte der Statthalter: „Ein natürliches Freundschaftsgefühl, begründet in naher Stammesverwandtschaft und Nachbarschaft, darf ich das nennen, was diese so schönen Ansätze, welche durch den Vater Rhein nicht getrennt, sondern ge-eint sind und welche in jahrausjahrelanger Wechselwirkung Großes zusammen erlebt haben — leider nicht immer in bemessenen Lager — hier im friedlichen Einklange der Arbeit zusammengeführt hat, um erneuert, hoffentlich nie zerbrechliche, Freundschaftsbände zu knüpfen.“ Der Fürst schloß mit einem dreifachen Hoch auf S. Majestät den Kaiser. Darnach erfolgte ein zweifacher Rund-

gang durch die ganze Ausstellung. Derselbe ist von mehr als 1200 Ausstellern besucht.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Mai. Die Beamten des Ministeriums des Inneren verabschiedeten sich heute Nachmittag in corpore von dem Grafen Ralnoth. Der erste Sektionschef, Freiherr von Paletti, gab dem Schmerze des Beamtenkörpers bei dem Scheiden seines Chefs Ausdruck. „Leben von uns“, sagte der Redner, „hat es mit unglücklicher Freude erfüllt, mitzuwirken, wie Ihre Thätigkeit als Staatsmann und Patriot das Ansehen der Monarchie in allen Beziehungen hochgehalten und damit auch den Glanz dieses Hauses gemehrt hat. Wir sind stolz darauf, unter einem Führer gearbeitet zu haben, der uns das Beispiel selbstloser patriotischer Hingabe an Kaiser und Vaterland, sowie unermüdblicher, zielbewusster Pflichterfüllung gab, und der gerecht in Allem, nachsichtig gegen Alle und streng nur in den Anforderungen an sich selbst war.“ Graf Ralnoth betonte in seiner Erwiderung die Treue und Ergebenheit für den Kaiser, den Fürst und das Verhältniß des Beamtenkörpers für dessen Aufgaben, welche in diesem Hause traditionell seien und zu seinen höchsten Ueberlieferungen gehören. Wenn es ihm gelungen sei, die Zufriedenheit des Kaisers zu erwerben, so sei ihm wohl bewußt, wie sehr dies der eifrigen Mitwirkung und lokalen Unterstützung der Beamten des Ministeriums des Inneren, sowie des gesamten diplomatischen und konsularischen Körpers zu danken sei; die Zeit, die er hier zugebracht, nehme er als eine der schönsten Erinnerungen mit sich. „Ich bitte Sie“, schloß Graf Ralnoth, „auch meiner in Freundschaft wohlwollend zu gedenken und die Zeit hochzuhalten, die Sie mit Erfolg und zur Ueberfließen Zufriedenheit mit mir hier zugebracht haben.“

### Serbien.

Belgrad, 18. Mai. Im Kaseler Kreise tauchte eine Heidenkranke auf, deren Hüpfen der Bevölkerung ankündigte, er werde noch wenig Menschen erschlagen. Das Volk wandte sich an den König um militärischen Schutz.

### Türkei.

Konstantinopel, 18. Mai. Das zur Theilnahme an der Kanal-Eröffnungsfeier in Kiel bestimmte gewesene türkische Kriegsschiff „Heidet Numa“ kann wegen Seeschwelligkeit nicht abgehen.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Mai. Am gestrigen Tage beging der Provinzial-Steuer-Direktor und städtische Geh. Finanz-Rath Herr F. Wermann das 50-jährige Jubiläum und wurde ihm aus diesem Anlaß zahlreiche ehrende Diktionen zu Theil. Herr Geh. Rath Wermann bekleidet sein hiesiges Amt seit dem 1. März 1889, aber bereits in früheren Jahren war derselbe bei der hiesigen Provinzial-Steuer-Direktion als Regierungs-Rath thätig. Von hier wurde derselbe als Ober-Regierungs-Rath nach Danzig versetzt, dann als Provinzial-Steuer-Direktor nach Posen, bis auf's neue seine Verlegung nach Stettin erfolgte. Welch' großer Achtung sich derselbe in weiten Kreisen erweist, beweisen die großen Ehrungen, welche ihm an seinem gefeierten Ehrentage zu Theil wurden. Glückwünsche und Telegramme von ausserhalb trafen in großer Zahl ein, die überaus prächtigen Blumen-Arrangements, zum Theil von riesigem Umfang, verwandelten sein Zimmer in einen förmlichen Garten und die persönlichen Gratulationen im Laufe des Tages folgten ohne Unterbrechung. Schon in der Morgenstunde wurde der Jubilar durch eine Morgenmusik überrascht, welche die Kapelle des Königs-Regiments auf Veranlassung des kommandirenden Generals brachte, bald darauf erschienen die verschiedenen Deputationen, so die sämtlichen Ober- und Unter-Steuer-Räthe der Provinz unter Führung des Herrn Direktors des hiesigen königlichen Haupt-Steuer-Amtes II, Herrn Steuerrath Hoffke, die Mitglieder der Provinzial-Steuer-Verände unter Führung des Herrn Oberregierungs-Rath Herrold, Deputirte der Bureau-Beamten unter Führung des Herrn Rechnungsrath Reimer u. A. m. In Abwesenheit des Herrn Ober-Präsidenten erschien Herr Regierungs-Präsident von Sommerfeld und überbrachte neben

treten, wenn erwiesen ist, daß die Gebrauchsunfähigkeit ohne Verschulden des Miethers nicht hätte entstehen können, obgleich die Handlungen oder Unterlassungen des Miethers oder seiner Mitbewohner, welche die Gebrauchsunfähigkeit herbeigeführt haben, sich nicht feststellen lassen.

Farbenfälschungen. In der Versuchsanstalt der deutschen Gesellschaft zur Beförderung rationeller Naturverfahren (V. N.) in München wurden wiederholt eine große Anzahl der im Handel befindlichen Farbstoffe eingehenden Untersuchungen unterzogen und hat sich gemäß eines von dieser Versuchsanstalt veröffentlichten Entschens ergeben, daß besonders die Wasserfarben für die Dekorationsmalerei und den Anstrich in gerader Uebersichtlichkeit die falschen Farbstoffe. Insbesondere sind folgende Farbstoffe als gefälscht festgestellt worden: Insuberfante, welche die Gebrauchsunfähigkeit herbeigeführt haben, sich nicht feststellen lassen.

Farbenfälschungen. In der Versuchsanstalt der deutschen Gesellschaft zur Beförderung rationeller Naturverfahren (V. N.) in München wurden wiederholt eine große Anzahl der im Handel befindlichen Farbstoffe eingehenden Untersuchungen unterzogen und hat sich gemäß eines von dieser Versuchsanstalt veröffentlichten Entschens ergeben, daß besonders die Wasserfarben für die Dekorationsmalerei und den Anstrich in gerader Uebersichtlichkeit die falschen Farbstoffe. Insbesondere sind folgende Farbstoffe als gefälscht festgestellt worden: Insuberfante, welche die Gebrauchsunfähigkeit herbeigeführt haben, sich nicht feststellen lassen.

### Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

### Beachtenswerthe Entscheidungen für Wirthe und Miether.

Ebenso wie bei der Veranlagung von Ausländern zur Staats-Einkommensteuer aus preussischem Grundbesitz z. gemäss § 2 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, findet, nach einem Urtheil des Ober-Verwaltungsgerichts, II. Senat, vom 7. November 1894, auch bei der Gemeinde-Forenalbesteuerung der § 18 des Einkommensteuergesetzes keine Anwendung; der Forensal hat demnach keinen Anspruch auf Steuererleichterung mit Rücksicht auf das Vorhandensein von Familienmitgliedern unter vierzehn Jahren. „Der angeführte § 18, welcher lautet:

Für jedes, nicht nach § 11 selbstständig zu veranlagende Familienmitglied unter vierzehn Jahren wird von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungsvorstandes, sofern dasselbe den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, der Betrag von 50 Mark in Abzug gebracht mit der Abgabe, daß bei Vorhandensein von drei oder mehr Familienmitgliedern dieser Art auf jeden Fall eine Ermäßigung um eine Stufe stattfindet.

geht davon aus, daß die Steuerkraft durch das Vorhandensein von Familienmitgliedern unter 14 Jahren verringert werde, und will demzufolge dafür eine Steuererleichterung gewähren. Er legt also eine Befreiung vor, bei welcher sowohl die Stellung des Familienhauptes als auch die wirtschaftliche Lage in Betracht kommt. Beides ist nicht der Fall bei der Besteuerung einzelner Einkommensquellen. Es steht der § 18 namentlich in Beziehung mit der Vorschrift im § 11 des Gesetzes, daß bei der Steueranlagung dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes das Einkommen der Angehörigen der Haushaltung zuzu-

rechnen ist. Diese Vorschrift soll aber nach ausdrücklicher Bestimmung im letzten Absatz des § 11 keine Anwendung finden auf die lediglich nach § 2 des Gesetzes zu veranlagenden Steuerpflichtigen, d. i. diejenigen Personen, welche ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnort oder Aufenthalt von ihrem Einkommen aus gewissen Quellen, namentlich aus preussischem Grundbesitz, Steuer zu zahlen haben. Hier ist also die beschränkte Steuerpflicht in einem Gegensatz zur Haushaltungsbesteuerung gebracht. Wie bei der Besteuerung nach § 2 des Gesetzes das Einkommen der Haushaltungsangehörigen des Zerstücker nicht mit herangezogen werden kann, so steht diesem andererseits auch kein Anspruch auf eine Erleichterung zu, welche mit Rücksicht auf das Vorhandensein von Haushaltungsangehörigen gewährt wird. Diese Grundsätze müssen — wenigstens der Zerstücker, welcher in einer inländischen Gemeinde der Forensalsteuer unterliegt, nicht in jeder Beziehung ebenso wie der Zerstücker gegenüber der staatlichen Besteuerung zu behandeln ist — auch bei der Gemeinde-Forenalbesteuerung maßgebend sein, da sie sich aus der Natur des auch hier vorliegenden Verhältnisses, der Besteuerung des Einkommens aus einer einzelnen Einkommensquelle — eines Teileinkommens — ergeben.“

Für alle Hausbesitzer ist folgender Fall von Interesse: Ein Pächter pachtete den Miethers des Miethersparten einzuziehen. Im Miethersvertrag war vereinbart, daß an den Zahlungsterminen der Miethers in der Wohnung des Hauswirthes abzuliefern sei. Am 1. April d. J. zahlte einer der Miethers dem Pächter nur den halben Betrag des fälligen Mietherszinses, und der Empfänger quittirte darüber ohne Vorbehalt. Der Hausbesitzer war mit dieser Zahlung nicht einverstanden und klagte auf Ermäßigung. In erster Instanz wurde zu Gunsten des Miethers entschieden unter der Begründung, daß der Pächter zwar zur Empfangnahme des Mietherszinses nicht verpflichtet, daß es ihm aber gestattet war, den Miethers einzuziehen, und deshalb habe auch seine vorbehaltlose Quittung Gültigkeit. Die

zweite Instanz brachte ein entgegengesetztes Ergebnis und führte aus, zur Ertheilung einer vorbehaltlosen Quittung bedürfe es nicht nur einer Vollmacht zur Einziehung des Mietherszinses, vielmehr noch einer besonderen Vollmacht zur Stundung der Mietherszahlung. Die Ermäßigung gelange somit zur Ausführung.

Weiter theilen wir folgende bemerkenswerthe Entscheidungen mit:

Vor dem Obergerichtsgericht Hamburg wurde kürzlich ein Prozeß entschieden, in dem es sich darum handelte, daß ein eingeschriebener Kündigungsbrief dem Vermieter nicht rechtzeitig hatte eingeleitet werden können, weil er, wie er später angeht, verreiselt gewesen war und seinen mit Vollmacht versehenen Vertreter zurückgelassen hatte. Als er von der Reise zurück war und den Brief erhalten hatte, war die Frist zur Kündigung bereits verstrichen, er wies sich daher, daß derselbe angerechnet. Der Miether klagte hierauf auf Feststellung seines Rechtes, die Mietherskündung zu dem betreffenden Termine — 1. November d. J. — zu veranlassen. — Dieser Klage ist nun sowohl vom Landes- als vom Obergerichtsgericht stattgegeben worden, indem letzteres dabei folgende Erwägungen zu Grunde legte: Der Miether habe in verkehrsüblicher Weise, und zwar auf dem die größte Sicherheit garantirenden Wege eines eingeschriebenen Briefes Alles bewirkt, was ihm obgelegen habe, um den Grundbesitznehmer rechtzeitig in den Besitz der Kündigung zu setzen. Die Gründe, aus denen dieser Erfolg nicht erreicht sei, hätten nur in der Person des Vermiethers gelegen, mit ihnen hätte der Miether nicht zu rechnen brauchen. Wenn auch für jenen keine vertragsmäßige Pflicht bestanden habe, dafür zu sorgen, daß Einschreibensenden während seiner Abwesenheit bestellt werden könnten, und daß ihm eine Kündigung unter allen Umständen erreiche, so habe er doch auch kein Recht, die Thatsache zu ignorieren, daß der Brief ordnungsmäßig und rechtzeitig zur Bestellung an seine Adresse gelangt und nur, weil er nicht angetroffen worden sei, von der Post zu seiner Verfügung gehalten sei.

Er müsse den Brief als bereits bei der ersten Bestellung empfangen gelten lassen — gerade so gut, wie es der Fall wäre, wenn ein eingeschriebener Brief in seinen Briefkasten gelegt worden wäre.

Die Ausführung des durch § 56 I 8 Preuss. Allg. Landrechts der Polizeibehörde eingeräumten Rechts, ein verfallenes, das Publikum gefährdendes Gebäude abzureißen, giebt, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, VI. Zivilsenat, vom 24. Januar 1895, dem Eigentümer desselben keinen Anspruch auf Entschädigung seitens des Staates; selbst wenn der von der Orts-Polizeibehörde auf Grund der erwähnten gesetzlichen Bestimmung verhängte Abbruch ein sachlich ungerechtfertigter war (indem beispielsweise die zugehörigen Sachverständigen sich hinsichtlich der Bauzustände geirrt haben, kann der Eigentümer eine Entschädigung weder vom Staate, noch von der Ortsgemeinde, sondern nur von denjenigen Personen, welche den Abbruch irrtümlich veranlaßt haben, beanspruchen.

Im Enteignungsverfahren steht nach § 30 des preussischen Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 gegen die Entscheidung der Regierung über die Entschädigung sowohl dem Unternehmer als den übrigen Beteiligten die Beschwerde des Reichsgerichts zu, und nach dem letzten Absatz dieses Paragraphen fallen, wenn von dem Unternehmer auf richterliche Entscheidung angetragen wird, ihm jedenfalls die Kosten der ersten Instanz zur Last. In Bezug auf diesen Schlußsatz des § 30 hat das Reichsgericht, 2. Zivilsenat, durch Urteil vom 19. Oktober 1894 ausgesprochen, daß die darin enthaltene Bestimmung durch die widersprechende allgemeine Bestimmung des § 87 der Zivilprozeßordnung („die unterliegende Partei hat die Kosten des Rechtsstreites zu tragen . . .“) nicht aufgehoben worden ist.

Der Miether einer Wohnung kann, nach einem Urteil des Reichsgerichts, 5. Zivilsenat, vom 9. Februar 1895, im Gebiete des preussischen Allgemeinen Landrechts, vom Miethersvertrag wegen Gebrauchsunfähigkeit der Wohnung nicht zurück-



